

REZENSIONARTIKEL

Ungerechtfertigte Vermögensverhältnisse

Rezension von: Thomas Piketty (2020). *Kapital und Ideologie*. München, C.H. Beck, 1.312 Seiten. Gebundenes Buch. EUR 41,10. ISBN 978-3-406-74571-3.

*„Dialektiker sein heißt den Wind der Geschichte in den Segeln haben.
Es genügt aber nicht, über die Segel zu verfügen.
Die Kunst, sie setzen zu können, ist das Entscheidende.“*
Walter Benjamin

Normative Zugänge sind in der Wirtschaftswissenschaft ungerne gesehen. Ökonomische ExpertInnen beschwören die Notwendigkeit einer Absenz von gesellschaftspolitischen Urteilen in der Forschung. Werte sollen von Fakten getrennt werden, und das archimedische Fundament der Forschung soll auf empirischen Daten und eleganten Modellen ruhen. Doch auch der Expertenstatus von SozialwissenschaftlerInnen und damit ihre Reputation in Medien und Politik hängt in entscheidender Weise von einer positivistischen Präsentation ihrer Analysen ab.

Konservative ÖkonomInnen kritisieren an linken ÖkonomInnen deren normativen gesellschaftskritischen Zugang. Mit dem eigenen affirmativen Zugang wird hingegen Faktennähe assoziiert. Wollen die einen explizit eine gerechte Gesellschaft, so unterstellen die anderen, dass nur der ungleiche Status quo zu haben ist. Geht es den einen um gesellschaftliche Möglichkeiten, so halten die anderen die Wirklichkeit des gesellschaftlichen Status quo für die einzige Möglichkeit. Beide Zugänge sind letztlich normativ: der eine Ansatz ist implizit und der andere Zugang explizit normativ.

Thomas Piketty geht es in *„Kapital und Ideologie“* ausdrücklich um eine gerechte Gesellschaft. Mit seiner Arbeit strebt er einen partizipativen Sozialismus an. Dies bedeutet eine Überwindung des Kapitalismus und des Privateigentums.

Die Zielsetzung seiner Forschung liegt folglich nicht allein im akademischen Feld. Piketty fragt nicht: „Was ist *state of the art* in der Volkswirtschaftslehre und wie platziere ich meinen Ansatz erfolgsversprechend in der wissenschaftlichen Gemeinschaft?“, sondern er versucht soziale Wirklichkeit zu verstehen, um einen Beitrag zu ihrer Veränderung zu leisten. Kritik an der Neoklassik ist folglich keine Lebensaufgabe von Piketty. Es geht in seinem Werk auch nicht um einen Offenbarungseid zur Frage: „Wie hältst du es mit der Cambridge-Kontroverse?“, sondern um die Frage: „Wie können wir unsere Gesellschaft sozial gerechter machen?“ Wenn Post-KeynesianerInnen ihm nach der Publikation von *„Kapital im 21. Jahrhundert“* seine neoklassische Denkweise zum Vorwurf machten, dann verfehlten sie die Ziele von Piketty. Ihm geht es um soziale Realität und nicht um Steine im wissenschaftlichen Legokasten.

Hierbei setzt er primär auf die Sprengkraft empirischer Daten. Valide Daten, lange Zeitreihen, neue Datenquellen und originelle Grafiken sind ihm wichtiger als theoretische Modelle. So konnte er die zivilgesellschaftliche Bewegung *Occupy Wall Street* beeinflussen und fand bereits mit seinem ersten Werk 2014, „*Kapital im 21. Jahrhundert*“, Millionen von interessierten LeserInnen.

Sein Buch „*Kapital und Ideologie*“ nutzt nun originäre Daten, welche im Rahmen seiner World Inequality Database – www.wid.world – gesammelt wurden. Diese Datenbasis ist die umfassendste Datenbank zur Geschichte der Einkommens- und Vermögensverteilung in mehr als 80 Ländern. Einkommensdaten zu Österreich finden sich seit der Arbeit von Emanuel List und Stefan Jestl im Jahr 2020 in dieser Datenbank.

„*Kapital und Ideologie*“ ist ein beeindruckendes Beispiel einer wirklichkeitsnahen Ökonomik. Das Objekt seiner Kritik ist die *Hyperungleichheit* in der Gesellschaft. Vielleicht ist es auch eine Sache des Temperaments, wie die Historie der sozialen Ungleichheit gelesen wird, und vielleicht trägt sein augenscheinlicher Optimismus zu gewandelten Machtverhältnissen in sozialen Auseinandersetzungen bei. Jedenfalls erlaubt ihm seine optimistische Gesinnung, wirtschaftspolitische Vorschläge zur Ausgestaltung einer sozialistischen Gesellschaft zu machen. Piketty bleibt nicht bei einer Kritik des Kapitalismus stehen. Dies macht sein Werk so attraktiv für junge SozialwissenschaftlerInnen auf der ganzen Welt.

Piketitys Werk wird mittlerweile so häufig rezensiert, dass eine Metarezension Sinn haben würde. Die Auswahl eines neuen Zugangs zu seinem Œuvre ist fordernd, da die Gefahr von Redundanzen massiv ist. Oft wurden bereits die begriffliche Unterscheidung von Kapital und Vermögen und die Differenzen Piketitys Termini zur Marx'schen Begrifflichkeit thematisiert.

Ich will mich in meiner Rezension daher auf den zweiten Schlüsselbegriff im Titel des Werkes konzentrieren: Ideologie. Auch dies ist ein zentraler Terminus im marxistischen Denken. Im Titel des Buches von Piketty dient die Konjunktion „und“ vorerst nur dazu, Kapital mit Ideologie zu verbinden. Grundsätzlich kann mit dieser Konjunktion aber schlicht alles mit allem verbunden werden. Vorab ist daher nicht klar, in welchem Verhältnis Ideologie und Kapital zueinanderstehen, und ich möchte argumentieren, dass diese Aufgabe weiterhin ungelöst ist.

Empirische Datenfülle

Die Datenfülle im Werk von Piketty begeistert. Zu den im westlichen, eurozentrischen Denken meist vernachlässigten Regionen im Süden finden sich im zweiten Buch von Piketty hochinteressante Informationen. „*Kapital und Ideologie*“ bietet detaillierte Länderanalysen zu China, Indien, Russland usw. Es ist seine Hoffnung, dass sich aus den neuen Dateninformationen auch ein gewandeltes Verständnis von Eigentum und Gerechtigkeit ergeben kann.

Doch Datenaufklärung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen stehen nicht unbedingt in einem stringenten Zusammenhang. Es ergeben sich bereits in der Statistik konzeptuelle Herausforderungen. Ein Beispiel: Der Anteil der Top 10% am gesamten Einkommen beträgt in Europa weniger als 35%, aber fast 70% im Nahen Osten, in Südafrika und in Katar (815). Geht es demnach den unteren

und mittleren Schichten in Europa doppelt so gut wie jenen in Südafrika? Piketty findet dies unpassend. *„Wir müssen jedoch im Hinterkopf behalten, dass praktisch weltweit die Ungleichheit groß ist und weiter wächst (auch in Europa)“* (818). Was wissen wir dann zur angemessenen Höhe der Ungleichheit? Ist der Anstieg der Ungleichheit wichtiger als das Niveau der Ungleichheit?

Eine Kapitelüberschrift (819ff) lautet etwa *„Gipfel der Ungleichheiten im Nahen Osten“*. Mit anderen Worten: Es wird auch bei Piketty – wie in unzähligen OECD-Berichten zuvor – die soziale Ungleichheit zwischen Ländern verglichen. Nur stellt er kein simples Ranking nach der Höhe von Gini-Koeffizienten an, sondern betrachtet Anteile von diversen Gruppen am Gesamten.

Für Piketty sind die Indikatoren, welche wir zur Beschreibung der Ungleichheit heranziehen, zentral. Am Beispiel des Gini-Koeffizienten zeigt Piketty die Vorteile seines *Anteil-Ansatzes*, der besonders auf die Anteile am rechten Ende der Verteilung achtet. So empfiehlt er mit Dringlichkeit, dass eher die Top 10% betrachtet werden sollen als der synthetische Gini-Koeffizient. Dieser sei für die Menschen auch nicht anschaulich genug. Ein Gini-Koeffizient von 0,8 entspräche etwa einem 80%-Anteil der Top 10%. In den HFCS-Daten für den Euroraum findet sich diese Entsprechung aber nicht. Der Anteil der vermögendsten 10% ist geringer. Dies mag an der mangelhaften Qualität der Survey-Daten liegen, die den rechten Rand der Vermögensverteilung nur ungenügend erfassen. Und Piketty glaubt dies wohl. So schreibt er: *„Die EZB druckt hunderte Milliarden Euro (oder sogar tausende Milliarden, wie wir noch sehen werden), um die europäische Wirtschaft und die Vermögenspreise zu beeinflussen, aber die Verteilung der Vermögen kann sie nicht korrekt messen“* (844). Es zeigt auch ein wichtigeres Problem als die mangelhafte Qualität von freiwilligen Selbstauskünften zu Privatvermögen in Befragungen.

Die heterogenen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern und Regionen mittels Indikatoren zur Ungleichheit zu vergleichen, ist an sich problematisch. Groß sind die Unterschiede in Institutionen, wie Pensionssystemen, Gesundheits- und Bildungssystemen. Piketty wählt in der Darstellung den Weg der Komplementarität: Statistik plus geschichtliche institutionelle Länderanalyse. Damit bietet er eine Fundgrube von neuen Einsichten und Perspektiven.

Doch aus Daten zur Ungleichheit allein können keine normativen Schlussfolgerungen gezogen werden. Ob die Top 10% nun 60% oder 80% haben, kann über die Länder leicht verglichen werden. Ob dies hoch oder niedrig ist, bedarf bereits einer Bezugnahme auf national unterschiedliche Institutionen. Und normativ wäre zu sagen, wann viel zu viel ist.

Auch ein statistischer Fokus kann eine immanente Reichenlastigkeit nicht vermeiden. Selbst Piketty hat in seinen statistischen Darstellungen ein vermutlich ungewolltes Bias zuungunsten der Armen. Verglichen werden Top 1%, Top 10% und Bottom 50%. Ein Vergleich vom reichsten 1% mit den unteren 50% ist aber – wenngleich in der Literatur üblich – verzerrend (Schürz 2017). Weil viele Menschen kein Vermögen haben, nehmen ForscherInnen 50-mal mehr von dieser Gruppe in die Beobachtung als vom Top 1%. Arme Menschen zählen selbst in der Statistik weniger. Mit anderen Worten, auch in der Statistik finden sich die Spuren der sozialen Ungleichheit.

Zudem erlauben die Anteile der Bottom 50% nur vage Assoziationen zu Begriffen sozialer Klasse. Die unteren 50% grenzen nicht die Arbeiterklasse ab. Ebenso ist das Top 1% nicht mit dem Adel im Feudalismus ident. Klerus und Adel machten seit dem 14. Jahrhundert nie mehr als 3,4% aus. Vor der Französischen Revolution waren es nur noch 1,5%. Doch diese kleine Gruppe besaß fast die Hälfte aller Ländereien.

Perzentile sind kein geeigneter Nachfolgebegriff für soziale Klassen. Sie erlauben nur Assoziationen zu sozialen Klassen. Diese Konstrukte müssten genauer befragt werden. Die Gemeinsamkeiten innerhalb der einzelnen Perzentile sind unterschiedlich. Besonders das Top 1% ist höchst heterogen zusammengesetzt, aus einer kleinen Gruppe von MilliardärInnen, die sich klar von MillionärInnen unterscheiden.

Und Veränderungen der Ungleichheitsindikatoren über die Zeit sind normativ nicht haltbar. Auch wenn die Ungleichheit zurückginge, wäre sie unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten manchen Menschen (hoffentlich) zu hoch. Allein die evidente Not von Obdachlosen begründet eine Notwendigkeit zur Umverteilung. Es wäre das Gerechtigkeitsprinzip des Bedarfs, welches hierbei das Handeln leiten müsste. Aus den Daten zur Verteilung hingegen – ob nun Gini-Koeffizienten oder Anteile von Perzentilen – lässt sich wenig an wirtschaftspolitischen Empfehlungen ableiten. Und Daten zum Vermögen der reichsten Menschen in der Gesellschaft faszinieren. Die Zuwächse an Milliarden USD Nettovermögen bei wenigen MilliardärInnen in Zeiten der Pandemie lassen staunen. Nur Faszination stimmt nicht kritisch, und Empörung überwältigt emotional und droht auch abstupfen zu lassen.

In Tabelle 1 ist allein über die Namen der Eigentümer(familien) die Historie persistenter Ungleichheit für Österreich nachzuvollziehen.

Tabelle 1: Die zehn größten privaten Waldbesitzer Österreichs gereiht nach Waldfläche in Hektar

Eigentümer	Größe in ha
1 Esterházy-Stiftungen	28.020
2 Franz Mayr-Melnhof-Saurau	28.000
3 Fürstl. Schwarzenberg'sche Familienstiftung	18.341
4 Benediktinerstift Admont	14.300
5 Familie Habsburg Lothringen	12.735
6 Stiftung Fürst Lichtenstein	11.758
7 Stift Lilienfeld	11.200
8 Prinzhorn Holding	10.925
9 Stift Heiligenkreuz	10.207
10 Ernst Wilhelm Ferdinand von Baumbach (Alwa Vermögensverwaltung)	9.388

Quelle: Österreichisches Forst-Jahrbuch 2019, GEWINN Magazin 7/8/19.

Komparative Urteile zur Ungleichheit – höher respektive niedriger – sind historisch möglich, und auf solche Vergleiche bezieht sich Piketty in seinem Werk weitgehend. So waren Steuersätze von 70 bis 80% in den 1920er- bis 1960er-Jahren

kein Problem für die Bevölkerung gewesen. Sie hätten nur einen kleinen Teil der Bevölkerung (etwa 1%) betroffen. Diese hohen Steuersätze indizieren für Piketty, dass Steuererhöhungen für die Vermögenden auch heute wieder möglich wären. Doch für das Ziel eines partizipativen Sozialismus ist mehr vonnöten als der historische Nachweis, dass es bereits einmal funktioniert hat. Es bedarf eines gesellschaftlichen Willens, damit es aktuell wieder möglich wird.

Und ob eine politische Wende zu einer emanzipatorischen Gesellschaftspolitik erkennbar ist, muss bezweifelt werden. Die Staaten selbst haben vor der Aufgabe, Vermögen zu erfassen, kapituliert, schreibt Piketty (860). Nur ist es tatsächlich so, dass die Staaten an einer Aufgabe gescheitert sind, oder wollten sie gar nicht damit beginnen? Im Informationszeitalter und in einer Zeit von Big Data wären die Möglichkeiten für eine hinreichend gute Datenlage besser denn je. Die tatsächlich unzulängliche Datenbasis behindert jedenfalls eine weltweite Diskussion über Ungleichheiten. Und für Pikettys Werk ist der Versuch einer Verbesserung der Datenbasis zentral.

Was die Unzahl der Daten für die LeserInnen von „*Kapital und Ideologie*“ bedeutet, ist eine offene Frage. In der Zahlenwelt können viele Menschen Millionen und Milliarden kaum unterscheiden, und Vermögenskonzentration bleibt ein vager Begriff, weil keine konkreten Lebenserfahrungen damit verbunden sind. Die abstrakten und weiterhin unzureichenden Zahlen zu den Reichsten weisen aber auf kein technisches Problem hin, welches an ExpertInnen delegiert werden kann. Denn auch die ÖkonomInnen bewegen sich in institutionellen und ideologischen Abhängigkeiten. Nehmen wir als Beispiel nur rezente Vorschläge zur Vermögenssteuer von progressiven ÖkonomInnen. Über die vorgeschlagenen Steuersätze, Freibeträge und Ausnahmen loten ExpertInnen pragmatisch und intuitiv *das Zumutbare* in der Gesellschaft aus, anstatt zu versuchen, das Zumutbare zu verschieben und den Möglichkeitsraum zu erkunden.

Nicht zuletzt deswegen richtet Piketty in seinem zweiten Hauptwerk wohl den Blick auf die Ideologie der Ungleichheit. Der Fokus von Piketty auf den Rechtfertigungen der Ungleichheit ist eine entscheidende Erweiterung gegenüber seinem ersten Werk. Rechtfertigungen zur Ungleichheit müssen in einer Demokratie gegeben werden. Die Fragen zur sozialen Ungleichheit – was ist eine hohe Ungleichheit und was ist exzessiv? – finden keine Antwort in Statistiken, sie werden sozial ausgehandelt.

Die beeindruckende Akribie im Umgang mit Daten bei Piketty korrespondiert mit seiner großen Neugier bei historischen Fragestellungen. Man kann aber auch nachvollziehen, dass sich manche sozialwissenschaftliche ForscherInnen mit den Ergebnissen ihrer Arbeit in Pikettys Werk nicht hinreichend repräsentiert sehen. Seine vagabundierende Zugangsweise und seine intellektuell offene Haltung sind es, welche das Werk von Piketty lebendig machen. Pikettys LeserInnen werden zu einem eigenständigen Nach- und Weiterdenken angehalten. „*Sozialwissenschaftler haben großes Glück. Sie werden von der Gesellschaft dafür bezahlt, Bücher zu lesen (...)*“ (1.279). Und sein Ziel benennt Piketty im Satzesatz des mehr als 1.300 Seiten starken Wälzers, „*das Interesse des Lesers an neuen Fragen zu wecken*“.

Ideologische Ungleichheit

Ungleichheit ist für Piketty „*keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit*“ (21). Dies ist eine weitreichende Behauptung. Soziale Ungleichheit könnte so charakterisiert werden, dass sie *auch* ideologisch begründet sei. Bei Piketty ist es aber viel mehr. Ideologie ist *die* wesentliche Eigenschaft von Ungleichheit. Argumentiert wird demnach, dass die ideologische Natur der Ungleichheit zentral sei. Piketty schreibt, dass Gesellschaften nicht ohne Ideologien auskommen, mit denen sie ihren Ungleichheiten einen Sinn zu geben versuchen. Es komme entscheidend auf Ideen und den Diskurs zu Ungleichheit an. Dies lässt an Jürgen Habermas (deliberative Demokratie) denken, den Piketty aber interessanterweise nicht rezipiert haben dürfte, obwohl er in seinem öffentlich zugänglichen Folienset zu „*Kapital und Ideologie*“ mit der dringlichen Aufforderung zur Debatte schließt (Piketty 2020).

Piketty will „*jeder Ideologie der Vergangenheit eine Chance geben*“ (24). Zu diesen Ideologien zählen jene der trifunktionalen, sklavenhalterischen, kolonialistischen, proprietaristischen, kommunistischen und neoproprietaristischen Gesellschaften. Diese großflächige historische Einteilung ist in ihrer Grenzziehung gut nachvollziehbar. Sie macht die Bedeutung der jeweiligen Ideologien in den verschiedenen Gesellschaften mit unterschiedlichen Institutionen und Ordnungen aber nicht unbedingt zu einem gut abgrenzbaren Untersuchungsgegenstand.

Welche Ideologie liegt etwa der gewaltsamen Aneignung von Vermögen zu Grunde? Ist es nur das Recht der Stärkeren oder der Triumph der Siegreichen in der Schlacht? Bereitet eine Ideologie der Globalisierung den Vermögenserwerb russischer Oligarchen im Ausland vor oder folgt die Ideologie erst bei der sozialen Akzeptanzabsicherung der Immobilien in London?

Das Ideologieverständnis von Piketty ist ein neutrales, gemeint sind die vorherrschenden Denkweisen und Weltanschauungen in einer groben Annäherung. Die alten dreigliedrigen Gesellschaften sind denjenigen moderner Gesellschaften recht ähnlich. Denn selbst in den trifunktionalen Gesellschaften gab es zuweilen soziale Durchlässigkeit. So wurden Bürgerliche geadelt, und Geistliche stammten aus den beiden anderen Klassen. Diese Ähnlichkeit bedeutet aber umgekehrt ebenso, dass sich im heutigen System die alte Undurchlässigkeit findet.

Da Piketty sich in marxistischer Tradition einordnet, ist zu fragen, welche Bedeutung die Marx'schen Begriffe bei ihm haben. Mir scheint, er versteht sein Werk als empirische, datengeleitete Erweiterung des Marx'schen Oeuvre. Mit seinen zentralen Begriffen, Kapital und Ideologie, operiert er recht metaphorisch.

Ideologie ist üblicherweise ein negativ besetzter Begriff. Entweder werden damit aufrührerische Narrative jenseits der Wissenschaft bezeichnet oder ein Denken, das sich in den Dienst der Herrschenden stellt. Ideologien erfüllen für die Reproduktion von Herrschaft eine wichtige Rolle. Wenn eine soziale Klasse ihre partiellen Interessen als allgemeine Interessen ausweisen kann, spricht Marx von einem *notwendig falschen Bewusstsein*.

In den Diskussionen der Zweiten Internationale verlor der Ideologiebegriff seine kritische Prägung. Er wurde fortan neutral zur Bezeichnung jeder Form von Theorien und Bewusstsein gebraucht.

Marx hingegen war sich darüber im Klaren gewesen, dass die Ideologen der Bourgeoisie und die Bourgeoisie, die Repräsentanten und die Repräsentierten auseinanderfallen können. Heute wäre dies die Unterscheidung zwischen MilliardärInnen und deren medialer und politischer Vermögensverteidigungsindustrie. Unter den MilliardärInnen finden sich schließlich BefürworterInnen einer Erbschafts- oder einer Vermögenssteuer, während die ApologetInnen der Ungleichheit stets das Freiheitsmoment und die innovative Kraft der UnternehmerInnen betonen.

In der Frankfurter Schule ging es um Ideologiekritik unter den Bedingungen politischen Scheiterns emanzipatorischer Bestrebungen. Diese Verknüpfung hätte dem Ideologiebegriff bei Piketty auch gutgetan. Denn nicht klar ist, welche Ungleichheitsideologie im Zentrum steht: Ist es jene zu Einkommen oder die zu Vermögen? Ist es die Meritokratie und damit die Welt der Arbeitseinkommen, dann wäre die Vermögenswelt mit den Erbschaften nicht legitimiert. Ist es jedoch die Familientradition mit Akzeptanz dynastischer Vermögensbildung, dann läuft die Ideologie über die hervorragende Stellung mancher Menschen in der Gesellschaft. Soziale Ungleichheit war zudem – nicht zuletzt aus Datengründen – allzu lange eingeeengt auf Einkommensungleichheit.

Zu diesen Konflikten zwischen Ideologien ist Forschung noch ausständig. Piketty unterläuft diese Notwendigkeit mit Begriffen wie *Hypermeritokratie* und *Hyperkapitalismus*. Doch diese Begrifflichkeit vertraut zu sehr auf die Sprengkraft des Evidenten. Und an manchen Stellen zweifelt er wohl auch an der Trennschärfe zwischen Ideologien. So schreibt er: „*Der meritokratische Diskurs zielt im Grundsatz darauf ab, die Gewinner in den Himmel zu heben und die Verlierer des ökonomischen Systems zu stigmatisieren, weil es ihnen angeblich an Verdienst, Fleiß und sonstigen Tugenden fehlt. Es handelt sich natürlich um eine alte Ideologie, die alle Eliten, überall auf der Welt, in der einen oder anderen Form benutzt haben, um ihre Position zu rechtfertigen*“ (888).

Piketty stellt dann die weiterführenden und vielschichtigen Fragen: Wie funktioniert eine Entsakralisierung des Privateigentums? Und was ist gerechtes Eigentum?

Sakralisierung des Eigentums

Das 19. Jahrhundert bestimmt Piketty als das Jahrhundert der Sakralisierung des Privateigentums und der Eigentumsrechte. „*Die Sakralisierung ist im Grunde eine natürliche Reaktion auf die Angst vor der Leere*“ (168), lautet ein kryptischer Satz von Piketty, der auf das Ende der Religion als politischer Ideologie verweist. Im 19. Jahrhundert ist es das Versprechen eines Zugangs aller zu Eigentum und dessen Absicherung durch den Staat, welches die grundlegende Ideologie darstellt. Sakralisiertes Eigentum widersetzt sich seiner deliberativen Befragung. Der quasi-religiöse Charakter von Privateigentum verhindert seine rationale Befragung. Die Eigentumsfrage wurde auch von der Französischen Revolution unberührt gelassen. Hilfreich war, dass die jahrhundertelange Tradition der Eigentumsrechte ihnen einen *friedlichen Anschein* verlieh.

Sehr früh im Christentum gab es Lehren zu Eigentumsfragen, Erbschaften und

die Herausbildung von Wirtschafts- und Finanzrecht im Mittelalter waren von entscheidender Bedeutung in Eigentumsfragen. Kirche und kommunistische Partei in der Betrachtung von Ungleichheit zu verschränken, zeigt eine spitzbübische intellektuelle Freude an Datenanalysen. Die Kirche als Besitzerin großer Ländereien ist selten ein Thema gesellschaftskritischer Einwände. Die Kirche hatte im Frankreich des Ancien Régime einen Anteil von etwa 30% am gesamten Vermögen. Piketty verweist darauf, dass dies heute in etwa dem Anteil des chinesischen Staates am Nationalkapital entspricht.

Die Kommunistische Partei Chinas und die Kirche seien Projekte, die nur auf Basis einer stabilen Vermögensungleichheitsgrundlage verwirklicht werden können. Die religiöse oder ideologische Komponente beider Zugänge wird aber nicht herausgearbeitet, sondern allein deren Datenverwandtschaft.

Doch was erlaubt uns ein annähernd gleicher Anteil von Kirche und Kommunistischer Partei hinsichtlich Ideologie zu schlussfolgern? Rechtfertigen unterschiedliche Ideologien demnach in etwa einen gleichen Grad an Vermögenskonzentration? Wie kann Ideologie dann eine zentrale Rolle bei der Rechtfertigung von Ungleichheit spielen?

Ungleichheitsregime beruht auf einer Theorie von Gerechtigkeit

Piketty zitiert zustimmend den berühmten Satz von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Kommunistischen Manifest von 1848: *„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“* Gleich danach formuliert er diesen Schlüsselsatz aber in entscheidender Weise um: *„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte des Kampfs der Ideologien und der Suche nach Gerechtigkeit“* (1.273).

Ist dem tatsächlich so? Wäre nicht die Behauptung, dass jedes Ungleichheitsregime von einem bestimmten Gerechtigkeits- respektive Ungerechtigkeitsverständnis begleitet wird, hinreichend? Gilt in einer Meritokratie das Prinzip der Leistung als Gerechtigkeitskriterium, so ist doch keineswegs gesagt, dass Leistung von allen gleich verstanden wird. Im Gegenteil, die einen verstehen darunter körperliche Anstrengung, die anderen brillante Ideen und einige wenige den eigenen privilegierten sozialen Hintergrund. Von welcher Ideologie der Meritokratie ist daher die Rede, wenn wir kein gemeinsames Verständnis von Leistung haben? Hätte das Leistungsprinzip einen rationalen Kern, den alle teilen, müsste dann nicht in einer proprietaristischen Gesellschaft eine hohe Erbschaftssteuer eine Selbstverständlichkeit sein?

Die abstrakten Muster der Rechtfertigung können einer rationalen Kritik unterzogen werden: *„Die Schlüsselfrage lautet, bis zu welchem Punkt es möglich ist, das Wachstum an der Spitze im Namen der zahlreichen Wohltaten zu rechtfertigen, die dem Rest der Gesellschaft von den Reichsten angeblich erwiesen werden“* (48). Doch in dieser vorab leicht polemisch anmutenden Formulierung von Piketty – *angebliche Wohltaten* – haben wir ein Indiz dafür, dass auch er die Vorteile der wachsenden Vermögenskonzentration eher für Propaganda denn für eine rational überprüfbare Ideologie hält. Wo allerdings schlicht gelogen wird, kommt Ideologiekritik an ein Ende. Wer keinen Wahrheitsanspruch hat, sondern

nur soziale Akzeptanz sucht, kann weder hinsichtlich seiner Ideologie noch hinsichtlich eines Widerspruchs zu seiner Ideologie kritisiert werden. Wer sich sowieso mit *Bullshiting* (Harry Frankfurt) oder PR-Zielen begnügt, bietet rationaler Ideologiekritik keine offene Flanke. Dass im Erben keine Leistung steckt, ist so evident, dass es schwerlich als Ideologiekritik verstanden werden kann.

Persönlich bin ich der Ansicht, dass Piketty mit seinem Verständnis von Ideologie stark im intellektuellen Elitenfeld der Ideen verbleibt und zu wenig auf das gefühlsgeleitete Verständnis der Menschen achtet. Vielleicht ahnt er dies selbst. Denn bereits zu Anfang seines Werkes schreibt er, dass das Bedürfnis menschlicher Gesellschaften, „ihren Ungleichheiten einen Sinn zu geben, mitunter auch jenseits aller Vernunft“, unüberwindbar sei (50).

Zwei Punkte scheinen mir hier interessant: Erstens bedeutet die Formulierung *jenseits aller Vernunft*, dass die Einfallsschleuse von Werten und Gefühlen viel stärker beachtet werden muss. Und zweitens: Auch wenn die Ungleichheit über Narrative gerechtfertigt wird, sind diese wirklich zentral?

Manche Soapoperas über die Reichen im TV suggerieren ja nicht einmal, die Realität abzubilden, sondern bieten sich nur als Projektionsfläche für Sehnsüchte ihrer SeherInnen an. Ebenso gibt es Narrative, die eher zu trösten suchen, denn zu rechtfertigen. Es ist eben der *Ausnahmemensch*, der reich wird. Dies entlastet den Rest. Auch dienen Rechtfertigungen der Ungleichheit oft nur der Ablenkung von anderen Themen. Das Loblied auf die UnternehmerInnen, in deren Schuld wir stehen, sodass wir „ihnen unser Stimmrecht übertragen sollten, was im Übrigen von den Realitäten in manchen Ländern so weit nicht mehr entfernt ist“ (49), deutet auf das Unbehagen von Piketty am eigenen rationalistischen Themenzugang.

Ich meine, es ist an der Zeit, marxistische Überlegungen wieder ernster zu nehmen. Die Kritik von Marx stellte auf den Zusammenhang von Ökonomie, Politik und sozialen Institutionen ab. Die Machtverhältnisse sollten bei Ideologiekritiken zentral sein. Daher muss die Deutungshoheit der herrschenden sozialen Klasse in den Blick gerückt werden. Es ist nicht die Ideologie bestimmter Gesellschaften in der Geschichte, und es sind sicherlich nicht die Ideen von MindestsicherungsbezieherInnen, welche die Gesellschaft prägen. Oligarchien benötigen recht wenig an Gerechtigkeitsprinzipien und funktionalen Ideologien. Macht beruht letztlich auf Gewalt.

Bei Piketty heißt es: „Die Geschichte der menschlichen Gesellschaften lässt sich als Suche nach Gerechtigkeit begreifen“ (1.274). Der Befund von Piketty überrascht. Geht es in der Geschichte tatsächlich um ein Suchen nach Gerechtigkeit und Fairness?

Eine tentative Definition von Gerechtigkeit findet sich weit hinten im Buch auf Seite 1.187: „Gerecht ist eine Gesellschaft, die allen, die ihr angehören, möglichst umfangreichen Zugang zu grundlegenden Gütern gewährt.“ Diese Konzeption ist an Rawls angelehnt. Doch gerade an der Konzeption von Rawls wurde vielfach kritisiert, dass er den globalen Rahmen übersehen hätte. Mit der Formulierung *Gesellschaft, welcher sie angehören* ist eine Einschränkung getroffen, die zwar aus einer pragmatischen und praktisch orientierten Sicht einleuchtet, die aber philosophisch problematisch ist. Wir können Gerechtigkeitsprinzipien nicht an den Staatsgrenzen enden lassen. Die ausufernde philosophische Literatur zu Gerech-

tigkeit seit der Antike rezipiert Piketty nicht. Dies ist schade, da sie ihn zu einem radikaleren Verständnis von Gleichheit hätte verleiten können.

Piketty will wohl nicht zu sehr auf abstrakte und allgemeine Prinzipien sozialer Gerechtigkeit achten, sondern vertraut eher auf die Form, in welcher sich Gerechtigkeitsprinzipien in konkreten Politiken und Institutionen niederschlagen (1.189). Eigentum ist eine soziale Beziehung, und als solche muss sie reguliert werden.

Eine gegenläufige Arbeitshypothese wäre, dass soziale Gerechtigkeit eben keine besondere Rolle in Institutionen spielt, jedenfalls eine viel geringere als Macht. Gerechtigkeitsprinzipien lassen sich nicht in konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen übersetzen. Die Bezugnahme auf Gerechtigkeit in Reden von PolitikerInnen verweist eher auf deren reale Absenz. Gerechtigkeit bildet keinen Anker, der uns Sicherheit in einer komplexen Gesellschaft verspricht. Ein vages Begriffsverständnis von Gerechtigkeit mag zwar indizieren, dass extremer Reichtum vermieden werden soll. Doch dies bleibt für konkrete Umverteilungsfragen ergebnislos. Vermögenskonzentration wäre im Gerechtigkeitsverständnis von Piketty unbedenklich, solange sie die Lebensbedingungen und Chancen der am wenigsten Begünstigten verbessert. Aber ab welchem Gini-Koeffizienten oder Top Share tut sie dies nicht mehr?

Gerechtigkeit ist ein Wert neben vielen anderen. Sie ist nicht einmal der oberste Wert. Für Gerechtigkeit geben Menschen selten ihr Leben. Menschen bevorzugen im eigenen Leben oft Ruhe und Sicherheit. Dies wird eine ungerechte *neoproprietärische*, Gesellschaft zu festigen helfen. Auch familiäre Bande verdrängen gesellschaftliche Gerechtigkeitsüberlegungen (Fessler und Schürz 2020). Denn in der Familie geht es um Bedürfnisse und Wünsche von vertrauten Menschen.

Politisch bezieht Piketty klar Stellung: Er ist „überzeugt von der Möglichkeit, über den Kapitalismus und das Privateigentum hinauszugehen, um eine gerechte Gesellschaft auf der Grundlage eines partizipativen Sozialismus und Sozialföderalismus zu schaffen“ (1.274).

Nur beim Aufzeigen des Wegs zu einer neuen Gesellschaft ist er zu vielerlei Kompromissen bereit. Eine Erbschaft für alle lautet eine Forderung im Buch. Sie wäre ein Sockel, der an den ungerechtfertigten Milliardenerbischaften nichts ändert. Betriebliche Mitbestimmung, am deutschen Modell ausgerichtet, deutet auf ein sozialpartnerschaftliches Modell. Verstaatlichung, beschränkt auf einige Bereiche wie Infrastruktur, Gesundheit und Bildung, weist auf sozialdemokratische Zugänge. Öffentliches Eigentum, gesellschaftliches Eigentum (Beschäftigte teilen sich die Macht mit privaten AktionärInnen) oder Eigentum auf Zeit (progressive Steuer auf Vermögen) sind Wege, Privateigentum in seiner Bedeutung zu mindern. Und seine Ideen zu progressiver Besteuerung im Vermögensbereich weisen auf technokratische Visionen jenseits von gesellschaftlichen Utopien.

Trotzdem ist anzuerkennen, dass Piketty eine *Büchse der Pandora* öffnen will, die in der Historie zu selten zu öffnen gewagt wurde. Und der Widerstand gegen seine pragmatischen Ideen wird in einer ungleichen Gesellschaft enorm bleiben, mag er auch nur die Form des Negierens und Totschweigens seiner Forschung annehmen. Der Zensurversuch seines chinesischen Verlages bei der Übersetzung seines Werkes ins Chinesische weist darüber hinaus (Süddeutsche 2020).

Rechtfertigungen von Ungleichheit in Demokratien müssten für alle Menschen Geltung haben, und es ginge um die Frage, wer wem was schuldet. Dieser hohe Anspruch wird realiter nie erfüllt. Es ist eher eine gefühlte Ungerechtigkeit, welche für Menschen zentral ist, und selten sind es rationale Gerechtigkeitsprinzipien. In ihrem Handeln folgen nur die wenigsten Menschen detaillierten philosophischen Gerechtigkeitskonzepten. Die meisten leiten Gefühle, die sie kaum hinreichend reflektieren können.

Göran Therborn schrieb jüngst in seinem Essay zu „*Dynamics of inequality*“ in der „New Left Review“: „*The rich evoke a number of different emotions and reactions: not only a sense of injustice, but also of resentment, fascination, envy and admiration, as idols of luxury, glamour and success*“ (Therborn 2017, 16). Diese Gefühlskomplexität spielt eine bislang unterschätzte Rolle bei konkreten Gerechtigkeitsurteilen und ideologischen Rechtfertigungen von Ideologien (Schürz 2019).

Radikalität des Denkens von Piketty

Erst wurde es mit Enteignungsideen nur in historischen Ausnahmesituationen. Der französische Revolutionär François-Noël Babeuf (1760–1797) hatte argumentiert, dass der Boden allen gehöre. Eigentum werde erst durch positive Gesetze geschaffen. Es sei so, „*dass alles, was einer über seinen persönlichen Anteil an den Gütern der Gesellschaft hinaus besitzt, Diebstahl und widerrechtliche Aneignung ist. Es ist also gerecht, es ihm wieder wegzunehmen*“ (Babeuf zitiert nach Enzensberger 1973, 16).

Babeuf rechtfertigte seinen revolutionären Umsturzversuch vor Gericht damit, dass er die Gleichheit aller durchsetzen wollte: „*Die Natur hat jedem Menschen das gleiche Recht auf den Besitz aller Güter gegeben. (...) Niemand kann sich die Güter der Erde oder der Industrie für sich allein aneignen, ohne zum Verbrecher zu werden. In einer Gesellschaft, die diesen Namen verdient, darf es weder Reiche noch Arme geben*“ (Babeuf zitiert nach Enzensberger 1973, 16).

Unter dem Titel „*Plünderung des Eigentums*“ wurden seine Lehren als „*Verwüstung, Banditentum, schreckliches System, grausamer Plan, Abkehr von aller Kultur*“ bezeichnet. Und fast ein Jahrhundert blieb die Verteidigungsrede von Babeuf unveröffentlicht. 1864 betrug die Auflage seiner Verteidigungsschrift 300 Exemplare. Seine Gedanken hatten tiefe Ängste auch im Bürgertum ausgelöst. Er hatte seine Position klargemacht: „*Die Reichen, die nicht zugunsten der Bedürftigen auf Überfluß verzichten wollen, sind die Feinde des Volkes*“ (Babeuf zitiert nach Enzensberger 1973, 16).

Diese Haltung von Babeuf bedeutete eine Zäsur im Gerechtigkeitsdiskurs. In seiner Vision einer Gesellschaft darf es weder Reiche noch Arme geben. Babeuf hielt das Ziel einer materiellen Besserstellung der Armen nicht für hinreichend, solange ihre Rechte nicht gewahrt sind (Fleischacker 2004, 80ff).

Im 20. Jahrhundert legte Huey Long (1893–1935), ein demokratischer Senator aus Louisiana, in den USA ein radikales und zu seiner Zeit sogar mehrheitsfähiges Alternativprogramm vor. Long argumentierte das Recht eines jeden Menschen auf einen fairen Anteil am Vermögen. Während Babeuf von Piketty nicht beachtet wird, setzt er sich mit Long auseinander.

In den 1930er Jahren war eine gesellschaftskritische Haltung in der Wählerschaft in den USA ausgeprägt. Mit seiner „*Share Our Wealth Society*“ gewann Huey Long über sieben Millionen Mitglieder in den USA. 1935 kandidierte er für die US-amerikanische Präsidentschaft. Dies stellte eine Bedrohung für Roosevelts Karrierepläne in der demokratischen Partei dar. Long wurde in der Öffentlichkeit dämonisiert und als einer der gefährlichsten Männer Amerikas dargestellt. Er wurde im Alter von nur 42 Jahren ermordet und wird seitdem als Populist geschmäht.

Roosevelt hatte mit Huey Long einen gefährlichen politischen Konkurrenten in der eigenen Partei zu fürchten gehabt. Long war für eine Begrenzung des Reichtums eingetreten. Ganz so weit geht Piketty nicht. Bei ihm erschließen sich die Notwendigkeiten radikaler Reformen implizit aus den historischen Erfahrungen. Für Piketty ist wichtig, daran zu erinnern, dass der Grenzsteuersatz bei der Einkommenssteuer in den USA unter Roosevelt bis auf 91% angehoben wurde. Doch wenn radikale Ideen, wie eine Begrenzung des privaten Vermögens, nicht explizit gefordert werden, haben es sogar moderate Vorschläge schwer, sich gegen die Interessen der Mächtigen durchzusetzen.

Trotzdem verstehen manche Menschen die Steuerideen von Piketty vermutlich bereits als Inbegriff diabolischen Kommunismus. Die Steuergestaltung wäre jedenfalls differenziert: Liegt das durchschnittliche Vermögen bei 200.000 Euro, dann beträgt der Vermögenssteuersatz 0,1% unterhalb des Durchschnittsvermögens, 10% beim 100-Fachen, 60% beim 1.000-Fachen (200 Millionen Euro) und 90% beim 10.000-Fachen des Durchschnittsvermögens (1.211). Um die Vermögenskonzentration wenigstens einzubremsen, wenn schon nicht zu mindern, sind Steuersätze von mindestens 5–10% notwendig, denn die größten Vermögen wachsen seit den 1980er Jahren mit Durchschnittsraten von 6–8%. Ganz hohe Steuersätze sind gar nicht notwendig, da auch mit niedrigeren Sätzen nach einigen Jahren der gewünschte egalisierende Effekt zu bemerken wäre.

Piketty – ein Gesellschaftskritiker und kein Gesellschaftstheoretiker

Der Philosoph Michael Walzer veröffentlichte vor einiger Zeit einen Aufsatz zu „*Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie*“ in einer Festschrift zu Ehren von Jürgen Habermas. In diesem Text betont er den Unterschied von Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie. Dieser Unterscheid sei wesentlich, aber die spezifische Verbindung beider hält Walzer für zufällig. Damit verteidigt er nun keine positivistische Trennung von Sein und Sollen, sondern für ihn gilt, dass kritische Werte auch unabhängig von Theorie einen Wert haben und unabhängig verteidigt werden können. Er charakterisiert GesellschaftskritikerInnen über drei Tugenden: Mut, Mitleid und ein gutes Auge.

Michael Walzer (2009) erinnert daran, dass moralischer Mut notwendig ist, wenn andere schweigen und mitmachen. Dass die Reichen zu reich sind, war auch Anfang der 2000er Jahre wahrlich keine Neuigkeit, und ein Einverständnis darüber war wohl bei jedem aufgeklärten Salongespräch zu erreichen. Doch was Piketty tat, war trotzdem außergewöhnlich. Er holte ein Schmuttel-Sujet in die akademische Welt herein, um es von hier zur Gesellschaftsveränderung zu nut-

zen. Es geht ihm nicht um eine Skandalisierung oder moralische Empörung gegen die Reichen, sondern um datengeleitete gesellschaftskritische Aufklärung.

Piketty hat Mut, Mitleid und ein gutes Auge. Er hat außerdem die in der Wissenschaft seltene Bereitschaft, eigene Positionen zu revidieren. Piketty beachtet aber auch Pierre Bourdieus Einsicht zur Logik der Perspektive: Man sieht etwas stets von einer bestimmten Position aus. Dies bedeutet aber ebenso, dass man anderes nicht sieht. Piketty spricht am Ende seines Werkes daher von der eigenen kulturellen Verankerung und seiner familiären Herkunft. Und er warnt vor einer „*Autonomisierung ökonomischen Wissens (...) jenseits der Forschungssphäre*“. Diese habe „*verheerende Auswirkungen auch auf die bürgerliche und politische Sphäre, da sie den Fatalismus und das Gefühl der Ohnmacht nährt*“ (1.280).

Manche GesellschaftskritikerInnen sind, nach dem Urteil von Walzer, zu sehr von Mitleid mit den Armen geleitet. Dies führe zu Schuldgefühlen, und diese seien schlecht für die Sache. Zudem hat es immer etwas Befremdliches, wenn intellektuelle SprecherInnen der Armen diese nur als Opfer verstehen und deren Perspektiven zu übernehmen suchen. Davor ist Piketty gefeit. Er vertraut auf seine Datenkenntnis und bleibt im wissenschaftlichen Feld. Trotzdem sind die Ähnlichkeiten zu Bourdieus gesellschaftskritischen Interventionen gegen Ende seines Lebens unübersehbar.

Die dritte Tugend, welche Walzer erwähnt, ist ein gutes Auge. Er meint damit eine Offenheit der wirklichen Welt gegenüber. Dies sieht er als eine Art realistische Aufrichtigkeit. Eine „*Bereitschaft, sich damit abzufinden, dass die eigene Theorie vielleicht falsch oder unvollständig ist und dass die Evidenz der eigenen Wahrnehmung gegen die Theorie sprechen könnte*“ (Walzer 2009, 605).

Anschauliche Beispiele zur sozialen Ungleichheit finden sich bei Piketty manchmal in Fußnoten: So zeigt er, dass Warren Buffett 2015 1,8 Millionen USD an Bundeseinkommenssteuer gezahlt hat. Sein Vermögen wurde aber auf 65 Milliarden USD geschätzt. Sein Steuersatz war demnach 0,003% (1.199).

In Frankreich behielt die Regierung von Hollande die Immobiliensteuererklärung in so vereinfachter Form bei, dass nur eine Gesamtzahl beim Vermögen anzugeben war. Dies betraf drei Viertel der Erklärungen und verunmöglichte der Verwaltung, systematische Kontrollen durchzuführen (991). Solche zahlengeleiteten Beobachtungen sind wahrlich Augenöffner hinsichtlich der Machtverhältnisse.

Gesellschaftskritik ohne Utopie

Unklar bleibt, warum Piketty ohne gesellschaftliche Utopien auszukommen sucht. Keine Referenz auf Platon, Thomas Morus, Tommaso Campanella findet sich in seinem Werk. Auch DenkerInnen der Gegenwart wie der jüngst verstorbene Erik Olin Wright finden keinen Eingang.

Es scheint, als würde Piketty optimistisch allein auf die Sprengkraft von Daten und nicht von Ideen und Visionen glauben. Die zwei Grundpfeiler einer Überwindung des Kapitalismus und des Privateigentums sind Fortentwicklungen des Rechts- und Steuersystems. Und ein Fortschritt erfolgt bei Piketty anhand historischer Referenzen und nicht über gesellschaftliche AkteurInnen. Wie ein *Sesam öffne dich* sollen die empirischen Daten emanzipatorische wirtschaftspolitische

Reformen prägen. Im Märchen bedarf es nicht mehr, dass sich das Tor zur Räuberhöhle von Ali Baba öffnet. In der Wirklichkeit ist aber das Fehlen von veränderungsbereiten politischen AkteurlInnen wohl ein Riesenhindernis auf dem Weg zu einem partizipativen Sozialismus.

Die Kritische Theorie begnügte sich in den 1940er Jahren mit dem Anspruch einer *Flaschenpost*. Damit verkleinerte sie keinesfalls den eigenen theoretischen Beitrag, aber sie verstand die Folgen der Undurchdringlichkeit düsterer Zeiten auch für Theorie. Piketty hingegen ist eben ein optimistischer Gesellschaftskritiker und kein Gesellschaftstheoretiker. Die Folgen der sozialen Ungleichheit für die Chancen seines eigenen Ansatzes werden nur rudimentär mitgedacht, so etwa bei den Referenzen auf Literatur.

Seine Bezugnahme auf Literatur signalisiert nicht die Schöngeistigkeit des Autors, sondern einen unerforschten Möglichkeitsraum für weiterführende Analysen. In den trifunktionalen Gesellschaften (Klerus, Adel, dritter Stand) triumphierte die Heldenliteratur. Robin Hood und das „Rolandslied“ führt Piketty als Beispiele an. Von diesem Heroismus ist dann in den Eigentümergeellschaften des 19. Jahrhunderts weniger zu sehen. Austen und Balzac kennen – Piketty zufolge – keine Helden mehr, sondern vielschichtige Charaktere. Doch auch wenn sich das Heroische wandelt, so verschwindet es gleichwohl nicht. Bei Balzac, Stendhal, Dickens und Dostojewski finden sich genauso Helden, nur werden sie in sozialer Vielfalt positioniert.

Piketty ist ein begeisterter Leser von Balzac und Jane Austen. Aber er bewundert ebenfalls John Steinbeck („*Früchte des Zorns*“) und den Roman von Carlos Fuentes „*La voluntad y la fortuna*“. Darin findet sich folgender Satz: „*Vi lo que es el poder: una mirada de tigre que te hace bajar los ojos y sentir miedo y vergüenza.*“ Frei übersetzt: „*Ich sah, was Macht ist: der Anblick eines Tigers, der dich die Augen senken lässt und Angst fühlen und Scham.*“

Piketty weiß, die Grausamkeit der Welt versteht man besser, wenn man Balzac oder Fuentes liest, als wenn man an einem blutleeren Modell arbeitet. Literatur macht soziale Ungleichheit an den Ereignissen im Leben von Menschen erfahrbar. Sie öffnet die Augen für erlittenes Leid. Und soziale Scham ist sicherlich zentral in der Erfahrung der *Erniedrigten und Beleidigten*. Allein noch bleibt sie dem Werk von Piketty ein wenig äußerlich, wie das Thema der Gerechtigkeit.

Zentral hingegen sind für Piketty die Zahlen. Das Verhältnis von Vermögen und Jahreseinkommen sei den LeserInnen von Austen und Balzac vormals klar gewesen. So war es bekannt, dass ein Vermögen in der Größenordnung von 200.000 Pfund notwendig ist, um eine Jahresrente von 10.000 Pfund zu erzielen; und dies fast unabhängig von der Art des Vermögens. Dies war folglich eine Welt der Selbstverständlichkeiten, wo „*mit einer Leichtigkeit wie zwischen zwei vollkommen gleichrangigen Registern oder zwei verschiedenen Sprachen, die jedermann beherrscht*“, hin und her gesprungen wurde (225). Zu dieser Verschränkung von Vermögen und Einkommen möchte ich eine marginale Kritik an den Vorstellungen von Piketty ergänzen.

Piketty hatte sich schon in seinem „*Kapital im 21. Jahrhundert*“ der Dynamik der Kapital/Einkommens-Verhältnisse (Kapitel 3) und der Struktur der Ungleichheit (Kapitel 4) gewidmet. Analytisch suchte er die Linien von Arbeit (Einkommen) und

Erben (Vermögen) historisch nachzuzeichnen. In Grafiken und Tabellen relationierte er Einkommen und Vermögen, um deren Auseinanderentwicklung zu zeigen. Dieses Spannungsverhältnis zwischen einer expandierenden Vermögenswelt und einer nachhinkenden Einkommenswelt – $r > g$ – war eine wesentliche Erkenntnis.

In „*Kapital und Ideologie*“ scheint es, als strebe er eine Versöhnung zwischen diesen beiden Sphären an. So soll sein Vorschlag zu einer „Erbschaft für alle“ armen Menschen eine Teilhabe an der Vermögenswelt ermöglichen. Doch ich bin der Ansicht, wer allen Menschen ein Finanzvermögen in der Höhe von 120.000 Euro gibt, transferiert nicht nur sechs Jahreseinkommen á 20.000 Euro, sondern verändert zugleich Klassenidentitäten. Das politische Projekt der britischen Premierministerin Thatcher veranschaulicht diesen problematischen Wertewechsel ins Konservative (Fessler und Schürz 2021a). 120.000 Euro können ein Leben ohne Arbeit für mehrere Jahre ermöglichen, ein Startkapital für ein Eigenheim bilden oder auch für den Kauf von Bitcoins mit dem Ziel der Vermögensmehrung verwendet werden.

Meines Erachtens ist das Wohlergehen der Menschen in der Einkommenswelt – und nicht in der Vermögenswelt – zu suchen. Es ginge um die materielle Ausstattung hinsichtlich der Arbeitseinkommen und die Leistungen des Sozialstaates. Immobilieneigentum verlockt die EigentümerInnen, in ihrem Wohnsitz ein potenzielles Spekulationsobjekt zu sehen. Aktieneigentum verführt die AktionärInnen dazu, Entlassungen als positives Zeichen für ansteigende Börsenkurse zu interpretieren. Und ob des Substitutionsverhältnisses von privaten Vermögen und Sozialstaat führt jede Stärkung des privaten Vermögens zu einer Schwächung des Sozialstaates. Die Corona-Krisen sind das rezente Beispiel für diese subkutane Schwächung der ärmeren – fast vermögenslosen – Hälfte der Bevölkerung.

Eine Einkommens- und Vermögensbetrachtung ist daher ob der Differenzen – und nicht ob der Gemeinsamkeiten – bei den Lebensmöglichkeiten sozialer Klassen wichtig. Man kann daraus ersehen, wie viele Arbeitskräfte sich KapitalistInnen kaufen können. Und diese Verhältniszahl veranschaulicht gesellschaftliche Machtverhältnisse. Hingegen werden 120.000 Euro, welche der Erbe in ein Einpersonunternehmen steckt, diesen affiner zur Ideologie von UnternehmerInnen machen, ohne dass er je viel an Ähnlichkeit mit großen UnternehmerInnen haben muss. Möglicherweise rangiert er mit seinem Einkommen sogar hinter FacharbeiterInnen. Folglich stabilisieren auch staatliche Vermögenstransfers den Kapitalismus und das Privateigentum, mögen sie auf den ersten Blick noch so partizipatorisch scheinen.

Daten zur sozialen Ungleichheit bedürfen immer einer Interpretation. Und gerne werden sie politisch gerahmt. Dies versucht Piketty anhand der die Ungleichheit begleitenden Ideologien, und damit hat er einen großartigen ersten Schritt in der Forschung gesetzt.

Die Idee des partizipativen Sozialismus bedarf aber auch noch anziehender Utopien und gesellschaftlicher AkteurInnen. Aktuell sind nicht einmal Konturen von revolutionären Subjekten erkennbar, und Utopien wären erst auszuformulieren.

Martin Schürz

Literatur

- Benjamin, Walter (1991). *Das Passagenwerk*. Gesammelte Schriften Band V. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Enzensberger, Hans Magnus (Hg.) (1973). *Freisprüche*. Revolutionäre vor Gericht. Frankfurt am Main, Suhrkamp, 7–33.
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2020). Inheritance and Equal Opportunity – it is the family that matters. *Public Sector Economics*. Vol. 44 Issue 4. 463–482. Online verfügbar unter http://www.pse-journal.hr/en/archive/inheritance-and-equal-opportunity-it-is-the-family-that-matters_6302/.
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2021a). Homeownership – a key narrative to explain wealth inequality? Mimeo. In: Steve Schifferes/Sophie Knowles (Hg.). *Media and Inequality* Routledge.
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2021b) Housing and the American Dream: Is a house still a home? Online verfügbar unter <https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/housing-and-the-american-dream-is-a-house-still-a-home>.
- Fleischacker, Samuel (2004). *A short history of distributive justice*. 2004.
- Jestl, Stefan/List, Emmanuel (2020). *Distributional Accounts for Austria 2004–2016*. WID Working Papers 2020/23. Online verfügbar unter <https://wid.world/news-article/distributional-national-accounts-dina-for-austria-2004-2016/>.
- Piketty, Thomas (2014). *Capital in the 21. Century*. Harvard University Press.
- Piketty, Thomas (2020). *Capital and Ideology*. Online verfügbar unter <http://piketty.pse.ens.fr/files/ideology/ppt/Piketty2020SlidesShortVersion.pdf>.
- Schürz, Martin (2017). Arthur Kennickell: The other, other half: Changes in the finances of the least wealthy 50% 2007–2009. In: *Statistical Journal of the IAOS*. Vol. 33, No. 1, 211–213.
- Schürz, Martin (2019). *Überreichtum*. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Süddeutsche Zeitung (2020). *Piketty weist Zensurversuch zurück*. Süddeutsche Zeitung vom 1.9.2020. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/kultur/chinesische-uebersetzung-piketty-weist-zensurversuch-zurueck-1.5017325>.
- Therborn, Göran (2017). *Dynamics of Inequality*. In: *New Left Review* 2017/103.
- Walzer, Martin (2009). *Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie*. In: Rainer Forst et al. (Hg.). *Sozialphilosophie und Kritik*. Frankfurt am Main, Suhrkamp, 588–611.